



Magdeburg, den 15.5.2017
00-00-30 lau-he

N i e d e r s c h r i f t

**über die Klausurtagung des Präsidiums des Städte- und Gemeindebundes
Sachsen-Anhalt von Sonntag, 07. Mai bis Montag, 08. Mai 2017, in Brüssel**

Anwesend sind:

a) Mitglieder:

Präsident Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper, Landeshauptstadt Magdeburg
Erster Vizepräsident Oberbürgermeister Bernward Küper, Stadt Naumburg (Saale)
Vizepräsident Bürgermeister Andreas Dittmann, Stadt Zerbst/Anhalt
Vizepräsident Bürgermeister Denis Loeffke, Stadt Ilsenburg (Harz)
Bürgermeister Norman Klebe, Stadt Arendsee (Altmark)
Oberbürgermeister Peter Kuras, Stadt Dessau-Roßlau
Bürgermeister Udo Mänicke, Stadt Freyburg (Unstrut)
Bürgermeister Nico Schulz, Stadt Osterburg (Altmark)
Bürgermeisterin Mandy Zepig, Hansestadt Gardelegen
Landesgeschäftsführer Jürgen Leindecker, Landesgeschäftsstelle
Ehrenpräsident Dr. Wilhelm Polte, Magdeburg

b) stellvertretende Mitglieder:

Bürgermeister Dirk Könnecke, Stadt Lützen
Bürgermeister Peter Müller, Stadt Zahna-Elster
Verbandsgemeindebürgermeister Michael Stöhr, Verbandsgemeinde Egelner Mulde
Bürgermeister Frank von Holly, Stadt Möckern
Oberbürgermeisterin a.D. Petra Wust, Bitterfeld-Wolfen
Bürgermeister Klaus Zimmermann, Landeshauptstadt Magdeburg
Erster Beigeordneter Heiko Liebenehm, Landesgeschäftsstelle

c) Gäste:

Thomas Wobben, Direktor für horizontale Politik im Ausschuss der Regionen (AdR)
Sven Schulze, MdEP der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament
Arne Lietz, MdEP der Fraktion der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament (per Videobotschaft)
Thomas Thomma, GD EMPL
Andra Hildwein-Scheele, Referentin GD Kommunikation der Europäischen Kommission

d) von der Landesgeschäftsstelle:

Referentin Karin Becker
Sachgebietsleiterin Sylvia Laumann

Es fehlen entschuldigt:

Verbandsgemeindebürgermeisterin a.D. Ines Becker, Verbandsgemeinde Westliche Börde
 Bürgermeisterin a.D. Petra Döring, Gemeinde Muldestausee
 Bürgermeister Olaf Heinrich, Stadt Landsberg
 Verbandsgemeindebürgermeister Bernd Skrypek, Verbandsgemeinde Mansfelder
 Grund-Helbra
 Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand, Stadt Halle (Saale)
 Bürgermeister Egbert Geier, Stadt Halle (Saale)

Tagesordnung:

1. Ausschuss der Regionen
 Thema: Das beratende Gremium der Europäischen Union
 Referent: Thomas Wobben,
 Direktor für horizontale Politik im Ausschuss der Regionen (AdR)

2. Europäisches Parlament
 Thema: Das Europäische Parlament im Allgemeinen und die Aufgaben eines MdEP im Besonderen
 Referenten:
 Sven Schulze, MdEP der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament
 Arne Lietz, MdEP der Fraktion der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (per Videobotschaft)

3. Europäische Kommission
 - 3.1 Die politische Exekutive der Europäischen Union
 Referentin: Andrea Hildwein-Scheele,
 Referentin GD Kommunikation der Europäischen Kommission

 - 3.2 Der Europäischen Sozialfonds als Teil der Regionalpolitik
 Referent: Thomas Thomma
 Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration, Direktion Arbeitskräfte, Mobilität, Referat Deutschland, Österreich, Slowenien, Kroatien

4. Landesvertretung Sachsen-Anhalt
 Thema: Diskussion über Aufgaben und Arbeitsweise der Vertretung
 Referentin: Frau Henrieke Franz;
 Leiterin des Büros der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union

Zu TOP 1 - Ausschuss der Regionen

Thema: Das beratende Gremium der Europäischen Union

Thomas Wobben, Direktor für horizontale Politik im Ausschuss der Regionen (AdR)

Herr Wobben erläutert die Aufgaben und die Arbeitsweise des Ausschusses der Regionen (AdR). Er berichtet, dass der AdR mit dem Vertrag von Maastricht 1993 eingerichtet wurde und 350 Regional- und Kommunalvertreter habe. Er stellt die Politikbereiche vor und nennt die Mitglieder aus Sachsen-Anhalt im AdR. Im Weiteren berichtet er über die Entwicklung und Mittelausstattung der Kohäsionspolitik.

Herr Leindecker sagt, dass die Regional- und Kommunalvertreter aus Sachsen-Anhalt zumeist aus der Landespolitik kommen und tatsächliche kommunale Vertreter nicht mitarbeiten.

Herr Wobben informiert, dass dies für alle Bundesländer zutreffe. Die anderen EU-Mitgliedsstaaten benennen viel mehr Vertreter aus der Kommunalebene.

Im Weiteren zeigt Herr Wobben verschiedene Folgen und Auswirkungen des BREXIT auf. Weitere Einzelheiten entnehmen Sie bitte der beigefügten Power-Point-Präsentation.

Zu TOP 2 - Europäisches Parlament

Thema: Das Europäische Parlament im Allgemeinen und die Aufgaben eines MDEP im Besonderen

Referent: Sven Schulze, MDEP der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament

Arne Lietz, MDEP der Fraktion der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (per Videobotschaft)

Herr Schulze und Herr Lietz (per Videobotschaft) informieren über die Aufgabengebiete ihrer Arbeit. Sie berichten, in welchen Ausschüssen und Arbeitskreisen sie mitarbeiten, wie die Rückkopplung zu den Wahlkreisen und die Parlamentssitzungen verlaufe.

Im Anschluss haben die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Präsidiums das Parlamentsgebäude besichtigt.

Zu TOP 3 - Europäische Kommission

3.1 Die politische Exekutive der Europäischen Union

Referentin: Andrea Hildwein-Scheele, Referentin GD Kommunikation der Europäischen Kommission

Frau Hildwein-Scheele stellt die Arbeit der Europäischen Kommission als politische Exekutive vor und führt aus, dass es sich um ein Kollegium handele, welches die allgemeinen Interessen der Europäischen Union vertrete. Sie stellt die vier Aufgabenbereiche der Kommission, welches in Initiativrecht, Politik und Haushaltsführung, Hüterin der Verträge und internationale Dimension bestehe, dar. Insbesondere geht sie auf die Ausgabenstrategie der europäischen Union ein, in dem sie anhand einer Power-Point-Präsentation das Gesamtbudget von 155 Mrd. Euro aus dem Jahr 2016 erörtert. Davon werden als größte Position zum umweltverträglichen Wachstum unter anderem Landwirtschafts- und Fischereipolitik ca.

62 Mrd. Euro und für die Regionalpolitik mit Bildung Energie und Sozialpolitik ca. 51 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Weitere Einzelheiten entnehmen Sie bitte der beigegeführten Power-Point-Präsentation.

3.2 Der Europäischen Sozialfonds als Teil der Regionalpolitik

Referent: Thomas Thomma, Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration, Direktion Arbeitskräfte, Mobilität, Referat Deutschland, Österreich, Slowenien, Kroatien

Herr Thomma erläutert in seinem Vortrag (s. Anlage) die europäische Regionalpolitik. Zunächst geht er auf die Frage der Kohäsionspolitik ein, welche darauf abziele, Unterschiede zwischen den EU-Regionen hinsichtlich wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Entwicklungen abzubauen. Er zeigt anhand einer Übersicht die wirtschaftlichen Unterschiede in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Des Weiteren geht er auf europäische Strukturen und Investitionsfonds (ESIF) ein. Er erörtert näher die Kohäsionsfonds für Wachstum und Beschäftigung, gibt Auskunft über ESF und das EU Budget 2014-2020. Im Weiteren erklärt er die Aufteilung der Strukturförderungsfonds in Deutschland für die Förderperiode 2014-2020. Deutschland erhalte hierbei 19,2 Milliarden Euro. Es erfolgt eine Aufteilung nach Regionen.

Das Land Sachsen-Anhalt sei in dem Gebiet einer sogenannten Übergangsregion, d.h., das BIP pro Kopf belaufe sich auf 75-90 % des EU 27 Staaten Durchschnitts. Die sozialökonomischen Daten des Landes Sachsen-Anhalt erfahren in allen Bereichen eine Steigerung. Des Weiteren nennt er die Kernziele des operationalen Programms EFRE in Sachsen-Anhalt, welche ein Fördervolumen von ca. 1,4 Milliarden Euro plus nationale Mittel umfassen. Die einzelnen inhaltlichen Eckdaten nennt er und stellt eine Verbindung zwischen ESF/EFRE mit ELER = CLLD dar.

Herr Leindecker sagt, dass die EU-Programme von der Landesregierung erarbeitet und im Begeleitausschuss besprochen werden. Die dort oftmals aufgebauten Hürden, welche in weitere Standards des Landes enden, seien durchaus problematisch. Ein sehr strittiges Thema in der Vergangenheit war der Breitbandausbau. Es wurden oftmals mit den Programmen die falschen Parameter gesetzt und deshalb konnte eine umfängliche Mittelabschöpfung durch die kommunale Ebene nicht gewährleistet werden.

Herr Thomma ergänzt die Ausführungen von Herrn Leindecker und stellt heraus, dass das Land Sachsen-Anhalt das schwergängigste ESF-Programm der Bundesrepublik Deutschland aufgelegt habe. Es dauere zu lange, bis ein Programm überhaupt erarbeitet werde und die bürokratischen Hürden zur Antragstellung seien viel zu komplex. Bis Mitte 2017 habe das Land Sachsen-Anhalt hierzu noch keine ausreichende Antragstellung vorzuweisen. Er bietet in diesem Zusammenhang noch einmal Gespräche - auch mit der Verwaltungsbehörde in Sachsen-Anhalt und den kommunalen Spitzenverbänden - an.

Zu TOP 4 - Landesvertretung Sachsen-Anhalt

Thema: Diskussion über Aufgaben und Arbeitsweise der Vertretung

Referentin: Henrieke Franz;

Leiterin des Büros der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union

Frau Dr. Franz stellt die Arbeit bei der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union kurz vor. Es gebe verschiedene Arbeitsbereiche, so u. a. der Innenbereich, den

Frau Lehnart leitet und das Thema Regionalpolitik. Des Weiteren erörtert sie die Aufgaben und das Zusammenspiel in der Tätigkeit mit der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt. Eine wichtige Aufgabe in der letzten Zeit sei die Arbeit an einem gemeinsamen Diskussionspapier zum Bürokratieabbau der Europäischen Union gewesen. Die Landesvertretung bringe insbesondere die im Land Sachsen-Anhalt diskutierten Themen über die europäischen Abgeordneten, Vertreter von Kommission und AdR in Brüssel ein. Durch gemeinsame Diskussionen in Gesprächskreisen, würden frühzeitig Tendenzen der Entwicklung der europäischen Union aufgezeigt.

Herr Leindecker spricht in diesem Zusammenhang noch einmal die Probleme bei der Umsetzung der Programme der Europäischen Union an. Hierbei sei zum Beispiel das Ausloben von zusätzlichen Wettbewerben eine unnötige Bürokratiehürde. Herr Dr. Polte stellt fest, dass europäische Wurzeln in Sachsen-Anhalt oftmals nicht erkennbar seien. Die Bürgerinnen und Bürger im Land seien mit dem europäischen Gedanken und dessen Verbreitung nicht umfänglich ausgestattet. Eine Änderung in der Strategie, so z. B. schon in der Lehre an Schulen wäre unabdingbar.

Frau Dr. Franz erörtert noch einmal die Frage der EU-Strukturfonds und bittet gemeinsam, Lösungen zum besseren Abruf auch bei den Förder-Programmen gemeinsam mit der Staatskanzlei zu bearbeiten.

Herr Dr. Trümper und Herr Leindecker danken Frau Dr. Franz und Frau Lehnart für die Unterstützung bei der Durchführung der Tagung in Brüssel.



Dr. Lutz Trümper
Präsident



Jürgen Leindecker
Landesgeschäftsführer



Sylvia Laumann
Protokollführerin

Anlagen